

**Betriebsräte der Metall- und Elektroindustrie
c/o Günter Delladio
Betriebsrat bei der Fa. LTi DREIvs GmbH in Unna**

- Was gedenken Sie in der nächsten Legislaturperiode zu tun um die Ungleichbehandlung zu eliminieren? Setzen Sie sich für eine gleiche Berechnungsgrundlage ein? Unser Vorschlag: Die Ruhestandsentgelte für Beamte und Politiker werden entsprechend der Rentenformel berechnet und nach oben gedeckelt.

Wir stehen für eine vollkommene Reform des Rentenversicherungswesens. Nach Schweizer Vorbild sollen alle steuerpflichtigen Einkommensarten aller Menschen rentenversicherungspflichtig werden. Auszahlungen erfolgen in einem Korridor von Mindest- und Höchstrente. Wer sich zusätzlich versichern möchte, kann das tun. Weil er es will, nicht weil er es muss.

- Sind Sie für einen abschlagsfreien Renteneintritt nach 40 bzw. 45 Beitragsjahren?

Stand der Diskussion ist, dass die Rente mit 65, mit der Möglichkeit, wer will - auch länger zu arbeiten und andererseits mit versicherungsmathematischen Abstrichen auch schon mit weniger als 45 Arbeitsjahren in Rente zu gehen, möglich sein muss.

Wer länger arbeitet, sollte aber nicht die Rente voll bekommen und zusätzlich noch sozialversicherungspflichtig tätig sein können, sondern als normal Beschäftigter später in Rente gehen. Dann hätte die Rentenkasse durch mehr Einnahmejahre auch einen Vorteil, der sich später durch eine spürbar höhere Rente (statistisch ermittelt) bemerkbar machen würde: mehr Beitragssjahre und weniger zu erwartende noch verbleibende Leistungsjahre der Rentenversicherung.

Bei krankheits- oder verschleißbedingten früheren Renteneintritten müssen stärker berufsbezogen Lösungen gefunden werden. So sollten beispielsweise Dachdecker, die mindestens bis 55 als Dachdecker auf dem Bau tätig waren, sollten mit 60 abschlagsfrei in Rente gehen können.

Entsprechend höhere Versicherungsbeitragsleistungen sind für berufsbezogen vereinbarte frühere Renteneintritte während der Beitragspflichtphase zu erbringen.

- Wer selbstverschuldet arbeitslos wird, erhält für drei Monate kein Arbeitslosengeld und die Anspruchszeit entsprechend gekürzt. Politiker, die zurück treten oder abgesetzt werden, sind solche Sperren fremd

Mit unserem Modell des Bedingungslosen Grundeinkommens wären derartige Ungleichheiten aufgehoben. Allein aufgrund der bloßen Existenz würde es ausgezahlt. Ob jemand unverschuldet oder selbst verschuldet arbeitslos wird, spielt keine Rolle. Dieses Grundeinkommen bekämen auch Politiker. Im Gegensatz zu alleinigen Beziehern von BGE müssten sie es genauso wie alle anderen Einkünfte besteuern, sodass insbesondere Großverdienern davon wenig bliebe.

- Was gedenken Sie in der nächsten Legislaturperiode zu tun um die Ungleichbehandlung zu beheben.

Wie genannt stehen die umfassende Reform des Rentenversicherungssystems und anderer sozialer Leistungen als Übergangslösung zum Bedingungslosen Grundeinkommen auf unserer Agenda.